

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 12 | 8. Juni 2018



Web: www.mechthild-heil.de | Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil
Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil | Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

Endspurt. In den letzten vier Sitzungswochen vor der parlamentarischen Sommerpause geht es noch einmal richtig „zur Sache“ in Berlin. Besonders im Fokus diese Woche: Vorbereitungen für die Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2018. Einige Themen die auch mich als Ausschussvorsitzende für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen betreffen, wurden diese Woche bereits im Plenum debattiert. Eine Premiere war, dass Kanzlerin Angela Merkel sich in einer Regierungsbefragung allen Fragen der Parlamentarier direkt gestellt hat, ohne dass sie die Fragen zuvor kannte. Dies hatten wir im Koalitionsvertrag vereinbart, um Politik für die Bürgerinnen und Bürger wieder greifbarer zu machen. Mein Fazit: Schlagfertig und souverän! ([hier](#) können Sie die Regierungsbefragung ansehen)

Für Sie und Ihre Lieben ein schönes Wochenende,

Ihre

„Gruppe der Frauen“ zu Gast bei Angela Merkel

Die Frauen unsere Fraktion trafen sich mit der Kanzlerin zum Abendessen. Es war ein lebhafter Austausch und Angela Merkel nahm sich viel Zeit für unsere Anliegen. Unter anderem haben wir darüber diskutiert, wie wir uns Frauen in der Politik stärken können.



Delegation der Architekten- und Ingenieurskammer Baden-Württemberg



Der Montag in Berlin begann spannend:

Mein erster offizieller Termin mit einer Delegation der Architekten- und Ingenieurskammer aus Baden-Württemberg. Über bezahlbares Bauen, schnellere Verfahren, Wohnungsmangel und was die Politik dagegen unternehmen wird, haben wir uns ausgetauscht.

Wir bleiben in Kontakt!

Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft

Am Dienstag hat mich der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) eingeladen mit ihnen den verbraucherpolitischen Ausblick in die Zukunft zu wagen. Mitdiskutanten des Podiums waren unter anderem der Geschäftsführer des GDV, Dr. Freiherr von Fürstenwerth und die Parlamentarische Staatssekretärin der SPD, Rita Hagl-Kehl. Ein schönes Format, in dem die Stimmen für mehr evidenzbasierte Verbraucherforschung laut wurden, um den Herausforderungen der Zukunft noch besser begegnen zu können. Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf geeinigt, dass wir unsere Maßnahmen im finanziellen Verbraucherschutz evaluieren wollen. Grundsätzlich setzen wir auf Verbraucherinformation und -bildung, die Bürgerinnen und Bürger sollen aber auch nicht „überflutet“ werden von Information. Hier gibt es noch Einiges zu tun.



Bundesminister Horst Seehofer im Ausschuss

Der Mittwoch beinhaltete dann weitere Premieren: Als Ausschussvorsitzende durfte ich Bundesminister Horst Seehofer begrüßen. Er hat seine Visionen für Bau, Stadtentwicklung, Wohnen und Kommunen vorgestellt und sich eine Stunde lang den Fragen der Parlamentarier gestellt.

Einigkeit herrschte darin, dass wir etwas für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt tun müssen. Es darf nicht sein, dass junge Menschen gezwungen sind in Städte zu ziehen, weil sie auf dem Land keine Ausbildungsstellen oder Berufsschulen mehr finden – oder ältere Menschen die Stadt dem Land vorziehen, weil sie nur dort eine altersgerechte Wohnung und Umgebung finden.



Besuch vom Peter-Jörres-Gymnasium aus Bad Neuenahr-Ahrweiler

Ein tolles Gespräch hatte ich am Montag auch mit dem Sozialkunde-Leistungskurs der 11. Jahrgangsstufe des Peter-Jörres-Gymnasiums aus Bad Neuenahr-Ahrweiler. Wir hatten eine muntere Diskussion und die Schülerinnen und Schüler haben viele interessierte Fragen gestellt. Der Termin hat echt großen Spaß gemacht. Ich hoffe die Gruppe hatte noch eine super Zeit in Berlin!



Daten und Fakten

Stahlexporte vs. Erdnussbutterimporte. Noch sind die konkreten Folgen der jüngst verhängten amerikanischen Strafzölle auf Stahl und Aluminium aus der EU nur schwer absehbar. Uneins ist man sich vor allem darüber, wie stark die einzelnen Einfuhrzölle die jeweilige Seite trafen. Im vergangenen Jahr exportierte die EU insgesamt 24,7 Millionen Tonnen Stahl, den Großteil davon – 35 Prozent – in andere europäische Länder. An zweiter Stelle folgten die NAFTA-Vertragspartner, die Ziel von 22 Prozent der Stahlexporte aus der EU waren. Für die USA hingegen war die EU 2017 mit einem Anteil von fast 21 Prozent der größte Importeur von Stahl. Beim Blick auf die Liste möglicher europäischer Importzölle auf ausgewählte amerikanische Produkte überrascht es nicht, dass Erdnussbutter in den EU-Staaten in der Beliebtheit hinter Nutella zurückfällt. Dessen ungeachtet ist die EU nach Kanada der mengenmäßig größte Abnehmer amerikanischer Erdnussbutter. 2017 lieferten die USA mehr als 9.200 Tonnen in die EU. Auch der mit Abstand größte Anteil an nicht aus der EU importiertem Whisky (81 Prozent) kam 2016 aus den USA. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass wiederum 80 Prozent aller Whiskyimporte in EU-Länder aus anderen EU-Mitgliedstaaten, vor allem Großbritannien, stammen. Ähnlich verhält es sich mit dem europäischen Markt für Motorräder der Marke Harley Davidson. Zwar verkaufte das Unternehmen 2017 mehr als 15 Prozent seiner Motorräder in Westeuropa. Sein Marktanteil liegt hierzulande jedoch bei mageren neun Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat, WHO)

Arbeitslosenzahlen im doppeltem Abwärtstrend. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sinkt weiter. Den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 5,1 Prozent. Demnach waren 2,3 Millionen Menschen arbeitslos, 68.000 weniger als noch im April und rund 182.000 weniger als im Vorjahr. Dies entspricht dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Auch unter Einbezug saisonbedingter Schwankungen sank die Zahl der Arbeitssuchenden. Gleichzeitig vermeldete die Bundesagentur für Arbeit rund 793.000 offene Stellen im Mai – 78.000 mehr als vor einem Jahr. Auf europäischer Ebene lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im April 2018 im Euroraum bei 8,5 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert seit 2008. Auch sie verzeichnete gegenüber 9,2 Prozent im April 2017 einen Rückgang. Eurostat-Schätzungen zufolge waren in der EU im April 2018 circa 17,4 Millionen Menschen arbeitslos, 13,8 Millionen davon im Euroraum. Im Jahresvergleich war die Arbeitslosenquote im April in allen EU-Mitgliedstaaten rückläufig. Einzige Ausnahmen bildeten Italien, wo sie unverändert blieb, und Estland, wo sie leicht anstieg. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten Tschechien, Malta und Deutschland.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat)

Gute Vorschläge für Europa und damit auch für Deutschland

Die Bundeskanzlerin hat am Wochenende eine überzeugende Antwort auf die Frage gegeben, welche Schritte notwendig sind, damit Europa die Herausforderungen der Zukunft besteht. Das Ziel ist, den Bürgerinnen und Bürgern gute Perspektiven in Sachen Sicherheit und Wohlstand zu bieten und Europa eine starke Stimme in der Welt zu sichern. Damit schreibt die Bundeskanzlerin die erfolgreiche europapolitische Politik der Unionsparteien fort.

Wichtigste Handlungsfelder sind dabei die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die wirtschaftliche und technologische Stärkung unseres Kontinents sowie die gemeinsame Asyl- und Entwicklungspolitik.

In der Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir unser Schicksal stärker in die eigene Hand nehmen, um eine starke Rolle im globalen Gefüge zu behalten. Im Rahmen der Verteidigungspolitik sollte eine mögliche Interventionsinitiative in die Struktur der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit eingepasst und die Zahl der Typen von Waffensystemen deutlich reduziert werden, um so zu einer Bündelung der europäischen Kräfte zu kommen. Ein wichtiger Schritt zu mehr Gemeinsamkeit in der Außenpolitik wäre ein zusätzlicher gemeinsamer europäischer Sicherheitsratssitz bei den Vereinten Nationen.

Trotz Brexit soll Großbritannien ein wichtiger sicherheitspolitischer Partner bleiben.

Für die Sicherung unseres Wohlstands im 21. Jahrhundert sind eine innovationsfähige Wirtschaft und solide Finanzen Grundvoraussetzung. Bei den fundamentalen Innovationen muss Europa schneller werden, nur so halten wir den Anschluss weltweit. Erfolgreich wirtschaften können wir aber nur mit einem stabilen Euro. Unter anderem soll der Europäische Stabilisierungsmechanismus, der in der Finanzkrise entstand, ähnlich dem IWF zu einem zwischenstaatlich verfassten Europäischen

Währungsfonds werden. Er soll in der Lage sein, die Schuldentragfähigkeit von Ländern zu bewerten und sie ggf. wiederherzustellen. Wir werden darauf achten, dass die Rechte des Deutschen Bundestages gewahrt bleiben. Denn klar ist für uns auch: Solidarität unter Euroländern darf nie in eine Schuldenunion münden, sondern muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Finanzielle Hilfe gibt es nur gegen Reformen.

In der zentralen Migrationsfrage sind Außengrenzsicherung, gemeinsame Asylpolitik und Bekämpfung der Fluchtursachen essentiell. Es ist wichtig, dass die europäische Grenzschutzbehörde Frontex mittelfristig zu einer echten europäischen Grenzpolizei mit europäischen Kompetenzen wird. Gleichzeitig sollen die Asylstandards in Europa vergleichbar werden. Mit dem Marshallplan für Afrika wollen wir dafür sorgen, dass junge Menschen in ihren Ländern bleiben und sich nicht auf den Weg nach Europa machen.

BAMF-Arbeit weiter aufklären

Offenbar kriminelle Vorgänge in der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bremen haben den Fokus auf die Arbeit dieser großen Bundesbehörde gerichtet, welche die Asylverfahren durchführt. Mit Klugheit und Ruhe sollten wir die Situation bewerten: Das BAMF hat in den vergangenen Jahren hunderttausende von Asylverfahren durchführen müssen, so dass die Behörde um mehrere tausend Mitarbeiter aufgestockt werden musste. Wir dürfen nicht vergessen, dass viele Mitarbeiter Enormes geleistet haben, um den Berg an Asylverfahren abzarbeiten. Dabei sind ohne Frage auch Fehler passiert. Wir alle in der Bundestagfraktion waren aber auch tief betroffen, als uns Herr Weise am 10. November 2015 über die Zustände im BAMF berichtet hat. Da haben wir alle gewusst, welche großen Aufgaben beim BAMF anstehen. Jetzt brauchen wir eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge und einen schnellstmöglichen Abbau von Qualitätsdefiziten.

So wichtig zügige Entscheidungen von Asylanträgen sind, Schnelligkeit darf nicht auf Kosten der Qualität gehen. Wir unterstützen Bundesinnenminister Horst Seehofer darin, verloren gegangenes Vertrauen so schnell wie möglich wiederherzustellen. Hierzu wurden die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet, etwa die Bitte um Prüfung durch den Bundesrechnungshof und die Entscheidung, dass die BAMF-Außenstelle Bremen keine Asylbescheide mehr erlassen darf. Die Beratung des Innenausschusses hat zuletzt gezeigt, dass dies der richtige Ort für die Aufklärung ist.

Wir richten unseren Blick aber auch nach vorne. Wir wollen, dass das Bundesamt personell und im Hinblick auf die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen so ausgestattet und organisiert ist, dass eine ordnungsgemäße Prüfung der Asylanträge gewährleistet ist.

Familiennachzug begrenzen.

Bereits Anfang dieses Jahres haben wir den Anspruch von subsidiär Schutzberechtigten auf Familiennachzug abgeschafft – rechtzeitig bevor die zuvor bestehende zweijährige Aussetzung ausgelaufen wäre. Festgelegt wurde, dass ab 1. August 2018 nur noch höchstens 1.000 Personen im Monat aus humanitären Gründen zu Personen dieser Schutzgruppe nachziehen können. Auch hier ist unsere Leitlinie, die Flüchtlingszahlen im Griff zu haben, damit die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft erhalten bleibt.

Mit dem nunmehr zu beratenden Gesetz erfolgt die Ausgestaltung des begrenzten Familiennachzuges, insbesondere werden Auswahl- und Ausschlussgründe festgelegt. Beim Zugang zu subsidiär Schutzberechtigten sind Integrationsaspekte und das Kindeswohl besonders zu berücksichtigen. Nur wer sich selbst als integrationswillig und –fähig erweist, wird auch seine nachziehende Familie in diesem Sinne fördern und begleiten. Der Familiennachzug zu Gefährdungen ist für sämtliche Familiennachzüge – auch zu anerkannten Flüchtlingen und deutschen Staatsbürgern – kategorisch ausgeschlossen.